

Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verkehr

Einladung

zur

29. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verkehr

Sitzungstermin: Dienstag, 21.11.2023, 17:30 Uhr

Raum, Ort: Gertrud-Bäumer-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung**
- 2 Mitteilungen und Fragen an die Verwaltung**
- 3 Drucksachen**
 - 3.1 Entsiegelung jetzt - mehr Grün für den Bezirk** **0525/6**
Fraktion DIE LINKE
 - 3.2 Sondernutzung öffentlichen Straßenlandes: Gastronomie entlasten!** **0589/6**
Fraktion DIE LINKE
 - 3.3 Leihrollerverbot nach Pariser Vorbild** **0597/6**
AfD-Fraktion
 - 3.4 Nach antisemitischem Brandanschlag: Bücherbox in Grundewald wieder aufbauen!** **0600/6**
Fraktion DIE LINKE
 - 3.5 Offensive gegen Fahrraddiebstahl im Bezirk** **0615/6**
CDU/Grüne
 - 3.6 Mehr Schulwegsicherheit für die Lietzensee-Grundschule** **0627/6**
SPD-Fraktion
- 4 Verschiedenes**

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Ralph Schöne

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Gronne-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0525/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
29.06.2023	BVV	BVV-021/6 überwiesen
05.09.2023	OrdV Stadt	OrdV-025/6

Entsiegelung jetzt - mehr Grün für den Bezirk

Das Bezirksamt wird beauftragt, ein Entsiegelungskataster für den gesamten Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf zu erstellen. Die Flächen sollen dabei ihrem Entsiegelungspotenzial entsprechend gelistet werden (vollständige oder teilweise Entsiegelung). Hierbei sind mindestens alle bezirkseigenen Flächen sowie das öffentliche Straßenland zu berücksichtigen.

Der BVV ist zum 31.10.2023 zu berichten.

Begründung:

SenUMVK hat im Rahmen des Projekts „Entsiegelungspotenziale in Berlin“ für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf 12 Potenzialflächen zur Entsiegelung aufgelistet. Naturschutzverbände sehen noch deutlich mehr Potenzialflächen. Diese gilt es zu identifizieren, um die vom Land Berlin angestrebte Netto-Null-Bilanz im Bereich der Ver- und Entsiegelung überhaupt erreichen zu können.

Neubauten, die zu einer Versiegelung von Flächen führen, müssen durch Entsiegelung anderer Flächen ausgeglichen werden. Zudem fehlen in vielen Bereichen des Bezirks wohnungsnah Grünflächen. Dieser Unterversorgung kann durch die Entsiegelung ungenutzter versiegelter Flächen entgegengewirkt werden.

In beiden Fällen ist es notwendig, geeignete Flächen zur Entsiegelung zu identifizieren und als

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion DIE LINKE
Gronde-Brunner/Juckel

Antrag**DS-Nr: 0589/6****Beratungsfolge:**

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
21.09.2023	BVV

Sondernutzung öffentlichen Straßenlandes: Gastronomie entlasten!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, Gastronomiebetrieben dauerhaft und ohne saisonale Beschränkungen die Nutzung von Parkplätzen auf der Fahrbahn zur Erweiterung ihrer bestehenden oder zur Einrichtung neuer Schankvorgärten zu ermöglichen. Zur Abgrenzung dieser Schankvorgärten von der Fahrbahn sind neben Baken auch Hochbeete und ähnliches zuzulassen.

Darüber hinaus möge das Bezirksamt prüfen, inwiefern der Gehwegunterstreifen von Gastronomiebetrieben genutzt und ob insbesondere die Gebührenerhebung für die Genehmigung vollständig ausgesetzt werden kann – testweise für einen Zeitraum von einem Jahr.

Das Bezirksamt informiert u. a. auf seiner Internetseite sowie bei Betriebskontrollen über die zusätzlichen Nutzungsmöglichkeiten für Gastronomiebetriebe.

Der BVV ist bis zum 30. November 2023 zu berichten.

Begründung:

Bereits zu Hochzeiten der Coronapandemie wurden die Regelungen für die Nutzung des öffentlichen Straßenlandes für Gastronomiebetriebe gelockert. Das Aussetzen der Gebührenerhebung hat dazu beigetragen, dass viele Lokale überleben konnten. Im Zuge der rasanten Inflation kämpfen nun erneut vie-

le Restaurants, Kneipen oder Bars um ihre Existenz, da aufgrund der erheblichen Teuerungen vielerorts die Kundschaft wegbleibt.

Mit einem erneuten Verzicht auf die Erhebung von Gebühren beim Herausstellen von Tischen und Stühlen, einer Fortsetzung der Sondernutzung sowie die mögliche Nutzung von Parkplätzen auf der Fahrbahn, würde das Bezirksamt einen aktiven Beitrag leisten, um die lebendige und vielfältige Gastronomie im Bezirk weiter zu stärken und kleinere Betriebe vor einer erneuten Pleitewelle zu bewahren.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
AfD-Fraktion
Kohler/Dr. Seyfert

Antrag**DS-Nr: 0597/6****Beratungsfolge:**

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
21.09.2023	BVV

Leihrollerverbot nach Pariser Vorbild

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich beim Senat für ein berlinweites Verbot elektrischer Leihroller einzusetzen, wie dies in Paris nach einer Volksentscheidung kürzlich umgesetzt wurde.

Begründung:

Die zunächst als klimafreundlich angepriesene Alternative zum Auto hat sich auch in Berlin als allgegenwärtiges Ärgernis entpuppt. Geliehene E-Roller versperren Geh- und Fahrradwege, verursachen nicht selten Unfälle, verschandeln das Straßenbild und landen sogar als Sperrmüll in Kanälen und in der Spree.

So verwundert es kaum, dass auch die große Mehrheit der Berliner (laut RBB-Umfrage 84 Prozent) ein Verbot der Roller unterstützt. Dies sollte der Senat zeitnah (ohne das langwierige Prozedere eines Volksentscheides) umsetzen. Bitte stimmen Sie dem Antrag zu.

<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2023/04/voting-e-scooter-berlin-verbot-befragung-paris.html>

Drucksachen der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin 6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion DIE LINKE
Gronde-Brunner/Juckel/Zetsche

Antrag

DS-Nr: o600/6

Beratungsfolge:	
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
21.09.2023	BVV

Nach antisemitischem Brandanschlag: Bücherbox in Grundewald wieder aufbauen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Initiator:innen der zerstörten Büchertauschbox am S-Bahnhof Grundewald bei der Wiedererrichtung zu unterstützen. Sollten nach der Spendenaktion der Ehrenamtlichen noch Mittel für den Neuaufbau der durch einen antisemitischen Brandanschlag am 13. August 2023 zerstörten Bücherbox fehlen, soll das Bezirksamt bei der Akquirierung/Antragsstellung der notwendigen Mittel aus relevanten Programmen, wie Demokratie Leben o. ä., unterstützen.

Die Wiedereröffnung der Bücherbox soll durch das Bezirksamt aktiv beworben werden und dieses vor Ort prominent vertreten sein.

Der BVV ist bis zum 31. Dezember 2023 zu berichten.

Begründung:
erfolgt mündlich

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU/Grüne
Hertel/Beyer & Kempf/Weise/Zimmer

Antrag

DS-Nr: 0615/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
19.10.2023	BVV

Offensive gegen Fahrraddiebstahl im Bezirk

Die BVV möge Beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert zu prüfen an neuralgischen Punkten (zum Beispiel Bahnhöfe, Einkaufsstraßen) im Bezirk abschließbare Fahrradboxen (vom Nutzer gegen Gebühr) aufzustellen. Die Dächer für diese Einrichtungen können als begrünte Flächen ausgeführt werden, um ein besseres Stadtklima zu unterstützen.

Gleichzeitig ist zu prüfen, ob im Bereich von ungenutzten Nischen in Parkhäusern unseres Bezirks abschließbare Fahrradboxen eingerichtet werden können (Vermeidung von Anhäufung Müll und Sperrgut).

Der BVV ist bis zum 31.12.2023 zu berichten.

Begründung:

Im Zuge der Mobilitätswende und daher gehend immer mehr Fahrradnutzern, muss eine Abstellmöglichkeit für Besitzer von Fahrrädern geschaffen werden, da aufgrund der steigenden Kriminalität die Sicherheit auf öffentlichen Stellplätzen nicht mehr gegeben ist. Eine Sicherung mit Schlössern der Sicherheitsgruppe 15 stellt für die Diebe kein ausreichendes Hindernis (Aufbruch durch Hebelwirkung) dar. Dies wird durch die räumliche Zugriffsbeeinträchtigung in einer Sicherungsbox weitestgehend ausgeschlossen.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Buß/Tillinger/Dr. Murach

Antrag**DS-Nr: o627/6****Beratungsfolge:**

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
19.10.2023	BVV	BVV-024/6 überwiesen
09.11.2023	Um	Um-019/6
21.11.2023	OrdV	OrdV-029/6

Mehr Schulwegsicherheit für die Lietzensee-Grundschule

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, dass das Ordnungsamt verstärkt vor der Lietzensee-Grundschule zur Gewährleistung der Schulwegsicherheit kontrolliert.

Der BVV ist bis 31.12.2023 zu berichten.

Begründung:

Die Kontrolle in der Einschulungswoche werden sehr gut angenommen und werden für die Schule noch verstärkter gefordert.